Sechs Jahre nach Brandangriff auf das Gewerkschaftshaus Odessa am 2. Mai 2014 mit 42 Toten stehen Täter nicht vor Gericht. Bundesregierung schweigt. Deutsche Medien sehen im Brandangriff nur "Verkettung unglücklicher Umstände", aber keine Absicht.

In Odessa gedenken die Menschen heute dem Brand im Gewerkschaftshaus vor sechs Jahren. Die Polizei hat das Gelände um das Gebäude, wie schon in den Jahren zuvor, abgesperrt, angeblich um eine Bombe zu suchen. So handelte die Polizei auch bei den Gedenkveranstaltungen in den Vorjahren.

Inzwischen lassen die Sicherheitskräfte Menschen, die an dem Ort des Massakers vom 2. Mai 2014 Blumen niederlegen wollen, durch die Sperre. Wie auf Fotos zu sehen ist, sammeln sich vor dem abgesperrten Gelände auch junge, ukrainische Nationalisten. In den vergangenen Jahren hatten sie die Trauerfeierlichkeiten immer wieder versucht zu stören.

Heute vor sechs Jahren starben in Odessa bei einem Brandangriff auf das Gewerkschaftshaus 42 Menschen. Über 200 wurden verletzt. Die Täter, welche das mächtige, viergeschossige Gebäude in Brand setzten, waren ukrainische Ultranationalisten, die wie Faschisten handelten.

In den großen deutschen Medien wird der Brand bis heute als "Verkettung unglücklicher Umstände" erklärt.

Ukrainische Politiker dagegen sprachen gleich nach dem Brand Klartext: Ukrainische Patrioten hätten verhindert, dass Separatisten das Gewerkschaftshaus besetzten, erklärte Julia Timoschenko.

In mehreren Veröffentlichungen habe ich nachgewiesen, dass der Brand im Gewerkschaftshaus von Anfang an geplant war. Es begann damit, dass am Nachmittag des 2. Mai auf dem Griechischen Platz bei einer Pro-Ukraine-Demonstration von Unbekannten sechs Menschen erschossen wurden, darunter zwei Maidan-Anhänger. Nach diesem Vorfall war es einfach, die empörten Demonstranten zum Gewerkschaftshaus zu leiten, wo sie Brandsätze auf das Gebäude schleuderten, in das sich mehrere Hundert Kritiker der neuen Regierung in Kiew geflüchtet hatten.

Gleichzeitig drangen Stoßtrupps ukrainischer Nationalisten in das Gewerkschaftshaus ein und brachen Zimmer auf, in denen sich Regierungskritiker versteckt hatten. Sehr genau schildert die Ereignisse im Gewerkschaftshaus das Ehepaar Igor Polownow und Anschela Polownowa, die ich im März 2019 zu ihren Erlebnissen befragte (Video).

Im Juli 2014 war ich selbst in Odessa gewesen. Mit etwas Glück gelangte ich in das ausgebrannte Gewerkschaftshaus, wo ich Filmaufnahmen machte.

Beim Gespräch mit Angehörigen der Toten hatte ich das Gefühl, ich müsste jetzt handeln und einen Film über das Massaker machen. Ich begann, Angehörige der Toten mit der Videokamera zu interviewen. Die Aufnahmen wurden dann Teil von „Lauffeuer", dem ersten deutschsprachigen Film über das Massaker, den ich gemeinsam mit dem Berliner Videokollektiv „Leftvision" gemacht habe (Film). Der Film hatte im Februar 2015 Premiere im Berliner Kino Movimento.

Die Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 habe ich außerdem in meinem Buch „Ein Krieg der Oligarchen" untersucht.

Eins steht für mich fest: Wenn die deutschen Medien den Fall Odessa untersuchen würden, würden sie zwangsläufig auf die Tatsache stoßen, dass der damalige Leiter des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrej Parubi, nur zwei Tage vor dem Massaker in Odessa war, dort schusssichere Westen an Pro-Maidan-Spezialeinheiten verteilte und mit diesen Beratungen durchführte.

Die deutschen Medien könnten, wenn sie wollten, Druck auf die ukrainische Regierung ausüben und die Ermittlungen, die in Kiew begonnen haben, mit eigenen Untersuchungen und Reportagen unterstützten.

Diejenigen, die das Gewerkschaftshaus angesteckt haben, und diejenigen, die das Massaker organisierten und politisch deckten, stehen bis heute nicht vor Gericht. Das wirft auch einen Schatten auf die großen deutschen Medien und die Bundesregierung. Den großen deutschen Medien und dem Kabinett von Angela Merkel ist es offenbar wichtiger, der ukrainischen Regierung den Rücken frei zu halten, als sich für die Aufklärung der Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 und die Bestrafung der Täter einzusetzen.